

Leitartikel

Hafen-Abstimmung: Besser fundiert als schnell

Zum Glück lässt sich die Basler Regierung nun doch noch auf einen breiten Abstimmungskampf ein.

«Die freie Meinungsbildung ist nicht gewährleistet», hat der Bundesrat am 17. März festgehalten und die auf den 17. Mai terminierte Abstimmung über die Begrenzungsinitiative der SVP und zwei weitere Vorlagen verschoben. Ausserordentliche Situationen erfordern ausserordentliche Schritte: Auf Widerstand oder Kritik ist die Landesregierung wegen der Verschiebung nicht gestossen. Umso merkwürdiger ist es, dass die Basler Regierung zunächst an der kantonalen Abstimmung über das Hafenbecken 3 festhalten wollte – bevor sie zwei Tage später, zu ungewöhnlicher Abendstunde, einlenkte und beschloss, die kantonale Abstimmung doch auch noch zu verschieben.

Dieses unverständliche Manöver war der Schlusspunkt hinter ein demokratisch fragwürdiges Verhalten der Regierung. Bereits mit dem zuvor ungewöhnlich kurzfristig angesetzten Abstimmungster-

min hatte sich die Regierung in die Nesseln gesetzt. Wollte sie damit einen breit geführten Abstimmungskampf vermeiden? Eine Abstimmung über ein Referendum anzusetzen, bevor die Referendumsunterschriften eingereicht sind, entspricht nach Schweizer Massstäben nicht demokratischen Gepflogenheiten. Auch die Verfassung des Kantons Basel-Stadt hält klar fest: «Die Stimmberechtigten haben Anspruch darauf, dass bei Abstimmungen und Wahlen der Wille ihrer Gesamtheit zuverlässig und unverfälscht zum Ausdruck gelangt.»

Es ist unbestritten, dass die Abstimmung über das Hafenbecken 3 für die Entwicklung des Kantons von grosser Bedeutung ist. Das gilt allerdings ebenso für die verschobene eidgenössische Abstimmung über die Begrenzungsinitiative, denn die Zukunft der bilateralen Verträge dürfte für die Schweiz von noch herausragenderer Bedeutung sein.

Deshalb kann von einer Regierung – ob auf Bundes- oder Kantonsebene – erwartet werden, dass sie gerade bei einer umstrittenen Vorlage eine breite demokratische Auseinandersetzung ermöglicht. Auch den Bundesrat dürfte die Verschiebung der Abstimmung schmerzen, riskiert er doch damit neue Probleme mit der Europäischen Union.

Gerade weil bei der Abstimmung über das Hafenbecken 3 die Meinungen weit auseinanderliegen, kommt einem breit

geführten Abstimmungskampf mit Informationsveranstaltungen, Podiumsgesprächen, Leserbriefen, Diskussionen in den sozialen Medien, Plakatkampagnen und einem ausgedehnten Austausch in der Bevölkerung grosse Bedeutung zu. Auch eine Kantonsregierung, die für ein Projekt wie das Hafenbecken 3 einsteht, sollte daran interessiert sein, dass die Bevölkerung informiert ist und mit Überzeugung entscheiden kann.

Heute ist festzustellen, dass die Meinungen zum Hafenbecken 3 quer durch die politischen Parteien oder die betroffenen Organisationen gehen. Das Referendumskomitee ist äusserst heterogen zusammengesetzt. Umweltschutzorganisationen und wirtschaftliche Interessenträger, die sonst meist unterschiedliche Ansichten haben, sind darin vertreten. In den bürgerlichen Parteien gibt es Befürworter und Gegner. Die Handelskammer beider

Basel ist dafür, die Wirtschaftskammer Baselland dagegen. Bei den Grünen kämpfen nationale Politiker gegen lokale, die Alpeninitiative gegen Pro Natura; und auch bei der SP, deren Regierungsräte die Vorlage verantworten, sorgt man sich um die parteiinterne Einigkeit.

Während die einen um die Trockenwiese von nationaler Bedeutung bangen, glauben andere, diese sei nur vorge-schoben. Während die einen die Umweltfreundlichkeit der Schifffahrt herausstreichen, halten andere diese für den grössten Klimasünder. Die Prognosen zur Verlagerung von der Strasse auf die Schiene gehen meilenweit auseinander. Um die Frage des Marktzugangs ist ein breiter Streit unter den betroffenen Akteuren entbrannt. Über die zukünftige Entwicklung von Gateway Basel-Nord gibt es je nach Standpunkt die unterschiedlichsten Szenarien. Und selbst

bei den neuen Möglichkeiten für die zukünftige Stadtentwicklung, wenn die heute beanspruchten Flächen am Klybeckquai, auf der Westquai-Insel und am Dreiländereck frei werden, sind die Vorstellungen höchst verschieden.

Kurz: Es stehen so viele Fragen an, dass eine breite Debatte nötig ist. Dafür ist nicht nur diese heillose Corona-Zeit ungeeignet, dafür braucht es danach auch eine angemessene Zeitspanne für die politische Auseinandersetzung und die Meinungsbildung in der Bevölkerung. Auch die Basler Regierung müsste an einem fundierten Entscheid interessierter sein als an einem möglichst schnellen.



Thomas Dähler
Ressortleiter

Für eine breite Debatte ist diese heillose Corona-Zeit ungeeignet.

«Die Hoffnung richtet sich kurzfristig auf zugelassene Medikamente aus Basel»

Interview Die Pharmabranche bläst zum Kampf gegen das Coronavirus, wie René Buholzer, CEO von Interpharma, ausführt.

René Buholzer, man hört, dass Deutschland und Frankreich noch immer Schutzmasken blockieren, obschon der Bundesrat interveniert hat. Wie sieht es mit dem Import von Waren für die Pharmaindustrie aus?

Das ist nach wie vor eine Herausforderung. Die Zulieferung von Rohstoffen, Vorpräparaten und Halbfertigprodukten ist nicht in jedem Fall sichergestellt. Wir stellen auf globaler Ebene fest, dass viele Länder schon seit Januar angefangen haben, Handelsschranken aufzubauen – in den letzten Wochen auch für medizinische Produkte und Halbfabrikate. Das ist das Gegenteil einer vernünftigen Politik. Wir haben beim Finanzdepartement, das für die Zollverwaltung zuständig ist, entsprechend interveniert.

Wie sieht es an der Grenze aus?

Letzte Woche hatten wir noch Probleme mit den Grenzübertritten. Gewisse Hürden existierten bis Freitagmittag noch an zwei Grenzübergängen bei Neuenburg, wo Mitarbeitende teilweise lange Wartezeiten in Kauf nehmen mussten. Interpharma war mit den zuständigen Behörden in Kontakt und hat geeignete Lösungen gefunden. Jetzt ist das Problem gelöst. Aus der Region Basel haben wir keine Klagen. Hier läuft es gut.

Interpharma hat bestimmte Krisenszenarien entwickelt. Wurde die Errichtung von Handelsschranken als Risiko miteinbezogen, oder handelt es sich da um einen sogenannten schwarzen Schwan?

Wir liegen irgendwo dazwischen. Mit unseren Verbandsmitgliedern haben wir eine Situationsanalyse vorgenommen. Aktuell gibt es noch keine Versorgungsengpässe bei den patentgeschützten Produkten. Aber wir

legen jetzt Wert darauf, dass unsere Mitglieder verschiedene Versorgungskanäle offen halten, um auf Einschränkungen reagieren zu können. Der Resilienz, der Widerstandsfähigkeit, der Versorgungssysteme muss in Zukunft stärker Beachtung geschenkt werden. Es muss sichergestellt werden, dass unsere Unternehmen sich nicht nur auf einen Produzenten abstützen müssen. Auch geografisch sollte die Herkunft der Waren diversifiziert sein.

Es gibt ja Politiker, die fordern, alle Produkte müssten im Land hergestellt werden.

Das ist eine naive Einstellung und eine nicht realistische Forderung in unserem heutigen globalisierten Wirtschaftssystem. Dass wir aber mehr Resilienz einbauen, das ist sicher wichtig und richtig. Grundsätzlich kann ich beruhigen: Wir sind gut aufgestellt. Im europäischen Markt sehen wir aktuell keine signifikanten Probleme, obschon die Nachfrage nach gewissen Produkten für Spitäler markant gestiegen ist. Das ist eine Herausforderung, nicht nur für die Pandemiebekämpfung, sondern für all jene im Gesundheitssystem, die aufgrund anderer Erkrankungen auf diese Produkte angewiesen sind.

Sie kommunizierten, dass die Pharmaunternehmen in der Corona-Krise zusammenspannen. Wie sieht dieser Schulter-schluss konkret aus?

Unsere Pharma-Mitglieder gehen Allianzen ein. Zu den drei bekanntesten Kooperationen gehört Cepi, die Coalition for Epidemic Preparedness Innovations; dann die IMI, die Innovative Medicines Initiative im Bereich der Biowissenschaften, die nun auf das Coronavirus fokussiert. In Amerika spielt die Kooperation mit Barda, der Biomedical Advanced Re-

search and Development Authority, eine wichtige Rolle. Da wird über die Unternehmensgrenzen hinweg mit Universitäten und Gesundheitsversorgern zusammengearbeitet, um die Corona-Pandemie zu bekämpfen.

Was heisst das für die Impfstoffentwicklung?

Unser Mitglied Janssen, das zum Mutterkonzern Johnson & Johnson gehört und das an der Entwicklung des Ebola-Impfstoffs beteiligt ist, arbeitet mit Akteuren in der Barda-Allianz zusammen. Ein weiteres Mitglied, Sanofi, kooperiert ebenfalls mit Barda, um frühere Arbeiten an einem Sars-Impfstoff zu nutzen und einen schnellen Weg für die Entwicklung eines Impfstoffs gegen Covid-19 zu eröffnen. Ebenso gibt es auf Medikamentenebene Zusammenarbeit. Novartis zum Beispiel arbeitet mit anderen Pharmaunternehmen eng mit der Bill & Melinda Gates Foundation zusammen und nimmt dabei eine führende Rolle ein. Ich sehe, dass die Unternehmen zusammen alle verfügbaren Ressourcen aufbieten, um gemeinsam gegen Covid-19 zu kämpfen.

Was ist der Beitrag des Pharmastandorts in Basel?

Neben der Entwicklung eines neuen Impfstoffs richtet sich die Hoffnung in der Industrie kurzfristig auf Medikamente, die schon gegen eine andere Krankheit zugelassen oder zumindest in Entwicklung sind. Dies kann wesentlich schneller gehen als eine Neuentwicklung. Eine Reihe vorhandener Substanzen werden derzeit auf ihre Eignung gegen die aktuelle Corona-Erkrankung in Betracht gezogen. Diese Substanzen sind aber noch nicht für die Indikation gegen das Coronavirus zugelassen, sondern befinden sich erst in der klini-



René Buholzer, CEO des Basler Branchenverbands Interpharma im Homeoffice, über die Chancen und Schwierigkeiten der Pharmaunternehmen.

schon Testphase. Ein älteres Malaria-Medikament, das unsere Mitglieder Novartis und Bayer vertreiben, wird als Therapie in klinischen Studien erprobt. Novartis und Bayer haben sich bereit erklärt, Millionen von Dosen zu spenden, sollte es Wirkung zeigen. Eine weitere Gruppe besteht aus sogenannten Immunmodulatoren. Es sind Produkte gegen rheumatoide Arthritis oder Darmerkrankungen, um die Abwehr des Körpers besser zu managen. Grosse Hoffnungen werden hier auf Actemra gesetzt, ein Produkt von Roche. Roche beginnt im April eine klinische Studie für den Einsatz dieses Medikaments bei der Behandlung von hospitalisierten Patienten mit schwerer Covid-19-Pneumonie. Es gibt bereits vereinzelte Erfahrungsberichte von Ärzten, die dieses Produkt in China eingesetzt haben. Roche überlegt sich derzeit, wie man die Produktion dieses Mittels hochfahren kann. Schliesslich könnten auch Medikamente zur Behandlung von Lungenkrankheiten als dritte Gruppe einen Corona-Heilungsprozess beschleunigen.

Bis ein Medikament alle Testphasen durchlaufen hat, können mehrere Jahre vergehen. Diese Zeit haben wir doch gar nicht, wenn Menschen vor Corona gerettet werden müssten. Eine Lösung müsste doch in ein paar Monaten vorliegen. Ist das realistisch?

Eine schwierige Frage. Ich kann nur sagen, dass die Verantwortlichen in der Industrie extrem fokussiert sind, oft 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche an einer Lösung arbeiten. Alle Medikamentenschränke sind geöffnet, die Daten werden ausgetauscht, die Kooperationen sind umfassender geworden. Es herrscht ein enormer Fokus auf die Pandemiebekämpfung. Und wir profitieren von einem starken Forschungs- und Produktionsstandort in der Schweiz.

In anderen Medien äusserten Sie sich, ein Impfstoff stehe frühestens in einem Jahr bis anderthalb Jahren zur Verfügung. Dann hätten wir Dezember 2021. Da wären die meisten Leute wenn nicht gestorben, so doch immunisiert.

Natürlich wünschen wir uns einen schützenden Impfstoff lieber heute als morgen. Bei der Entwicklung eines Impfstoffs dürfen jedoch keine Kompromisse bei Wirksamkeit und Sicherheit gemacht werden, so gross der medizinische Bedarf auch ist. Ein Impfstoff wird in die Körper gesunder Patienten injiziert. Es wäre schlichtweg verheerend, wenn sich ein Impfstoff im Nachhinein als nicht genügend wirksam oder sicher erweisen würde. Dann ist der Schaden enorm. Wir können die Sicherheitsstufen nicht abkürzen, wenn Qualität und Sicherheit des Impfstoffs garantiert sein müssen. 18 Monate für die Entwicklung ist eigentlich sehr ambitioniert. Im Normalfall dauert die Herstellung eines Impfstoffs vier bis fünf Jahre oder mehr.

Inwiefern wird die Pandemie die Gesellschaft umformen?

Die Pandemie ist ein einschneidendes Erlebnis für eine wohlstandsverwöhnte Generation. Ich kann mir vorstellen, dass uns ein gut funktionierendes Gesundheitssystem wieder mehr wert sein wird. Ich glaube auch, dass der Stellenwert der Forschung wieder ansteigt, vor allem vor dem Hintergrund von Tierversuchsverbotsinitiativen und anderen Vorstössen zur Einschränkung der Forschung. Die Digitalisierung unserer Arbeitswelt dürfte einen erwünschten Schub bekommen. Zudem reift die Erkenntnis, dass es definitiv mehr Widerstandsfähigkeit in unseren Versorgungssystemen braucht. Man wird bereit sein, mehr Geld in die Versorgungssicherheit zu investieren. Die Pandemie zeigt auch, dass wir in einer globalisierten Welt verletzlich sind, dass wir uns aber gleichzeitig nicht abschotten können.

Daniel Wahl